Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Kiel, 21.03.2013

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Gemeinsam gegen Fracking kämpfen

Nach der heutigen Landtagsdebatte zum Thema Fracking erklärt der umweltpolitische Sprecher des SSW im Landtag, ***Flemming Meyer:***

Dass man als Opposition traditionell das Haar in der Suppe zu finden hat, wenn es um die Arbeitsweise einer Landesregierung geht, liegt ja leider fast schon in der Natur der Sache.
Doch selbst CDU und FDP haben sich bei diesem Thema nicht ohne Grund verhältnismäßig zurück gehalten. Denn das Thema Fracking ist denkbar ungeeignet ist für Parteiprofilierung und Populismusdebatten, da alle im Landtag vertretenen Parteien sich absolut einig sind, dass Fracking in Schleswig-Holstein keinen Fuß in die Tür bekommen darf.
Diese Erkenntnis hätte ich auch, vielleicht sogar vor Allem bei der Piratenpartei erwartet.
Der Landesregierung, und hier insbesondere Umweltminister Habeck, vorzuwerfen, dass er nach Recht und Gesetz zur Erteilung von Aufsuchungserlaubnissen gezwungen war, ist an Populismus kaum noch zu überbieten. Es sei denn, man stellt sich vor der Plenarsitzung vor den Landtag und verteilt medienwirksam zu „Fracking-Quell“ umgelabelte Energydrinks, dessen Warnhinweise an Schwangere, stillende Frauen und koffeinempfindliche Personen vor dem extrem hohen Koffeingehalt mit plumpen Kampagnenbanderolen überklebt sind.
Robert Habeck ist gewiss nicht vorzuwerfen, dass er sich nicht gegen Fracking ins Zeug legt. Und es würde dem Landtag gut zu Gesicht stehen und der Sache dienen, wenn Schleswig-Holstein dem Fracking-Verfahren mit

gemeinsamer Stimme entgegentritt und nicht einzelne Parteien, wie die Piraten es heute demonstriert haben, versuchen, parteipolitisches Kapital aus dem Thema zu schlagen. Das haben die Menschen, die zu Recht darauf vertrauen, dass wir ihre Interessen im Parlament vertreten, wahrlich nicht verdient.